

**Positionspapier der CDU-Fraktionen**  
**im Niedersächsischen Landtag und in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)**  
**zur Nutzung der Windenergie**

**Die Energiewende beginnt im Nordwesten!**

Die Bundesregierung hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2050 80 Prozent der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu gewinnen und gleichzeitig die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent zu reduzieren. Die natürlichen Bedingungen im Nordwesten Deutschlands bieten die besten Voraussetzungen, damit dies gelingt, denn die Gewinnung von Strom aus Windenergie wird einen maßgeblichen Beitrag zur Energiewende leisten. Einerseits werden die Wirtschaftsstandorte – insbesondere in Niedersachsen und Bremen – davon stark profitieren. Andererseits zählt die Energieversorgung zu den zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die CDU-Landtagsfraktionen in Niedersachsen und Bremen wollen diese Herausforderungen der Energiewende gemeinsam bewältigen und deren Chancen für unsere Bundesländer nutzen.

Niedersachsen und Bremen haben sich bereits über die Landesgrenzen hinweg als ein Kompetenzzentrum in der Windenergiebranche etabliert. Diesen Standortvorteil gilt es gemeinsam auszubauen, um die Potenziale für die Wirtschaft auszuschöpfen und weitere Arbeitsplätze in der gesamten Region zu schaffen. Prognosen gehen davon aus, dass im Jahr 2021 mehr als 33.000 Arbeitsplätze von der Offshore-Windkraft abhängen, das sind rund 18.000 mehr als 2010. Die CDU-Landtagsfraktionen in Niedersachsen und Bremen erklären es zu ihrem gemeinsamen Ziel, möglichst viele dieser Arbeitsplätze im Nordwesten Deutschlands anzusiedeln. Wichtig ist, gemeinsam die Region zu stärken, damit sich der Nordwesten der internationalen Konkurrenz gegenüber behaupten kann.

Im Zuge der Energiewende werden zahlreiche Entscheidungen zu treffen sein, die nur von einer Mehrheit – politisch wie gesellschaftlich – getragen werden können. Der derzeitige breite Konsens in Politik und Gesellschaft muss daher genutzt werden, um die Energiewende zu beschleunigen. Die CDU-Landtagsfraktionen in Niedersachsen und Bremen haben jetzt die einmalige Chance, die Energieversorgung ökologisch, ökonomisch und sozial zu gestalten. Die beschleunigte Energiewende erfordert daher über die Landesgrenzen hinweg ein noch besseres und breiter angelegtes Zusammenspiel von Forschung, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bevölkerung beim Um- und Ausbau unserer Energieversorgung und der Versorgungsnetze.

**Wo der Wind weht!**

Onshore

Das größte Potenzial im Bereich der erneuerbaren Energien besteht in der Windenergie. Schon heute sind rund 27.000 MW Windkraftleistung an Land installiert, davon am meisten im Nordwesten Deutschlands. Auch in Zukunft wird die aus Wind an Land produzierte Energie den Löwenanteil der regenerativen Energien übernehmen. Daher müssen die vorhandenen Kapazitäten und Potenziale ausgeschöpft werden. Da bereits viele Flächen an Land durch

Windenergieanlagen in Anspruch genommen sind, liegt die Zukunft hier vor allem im Repowering. Neue modernere Anlagen gegen ältere auszutauschen, macht in doppelter Hinsicht Sinn: Zum einen können deutliche Leistungssteigerungen erreicht werden. Zum anderen gibt es optische Vorteile, da eine neue Anlage mehrere ältere ersetzen kann. Das Repowering läuft bisher aber nur schleppend an. Ursache sind geringe Anreize für Betreiber, ihre abgeschrieben Anlagen kostenintensiv nachzurüsten. Häufig gibt es auch erhebliche Widerstände aus der Bevölkerung. Wir wollen Anreize schaffen, Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen sowie verstärkt den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen, um Akzeptanz für den notwendigen Ausbau zu schaffen. Aktive Formen der Bürgerbeteiligung beziehungsweise bürgerschaftlichen Engagements sind bei der Nutzung erneuerbarer Energien, wie zum Beispiel in Bürgerwindparks, zu begrüßen. Dabei können flexible Rechtsformen, wie zum Beispiel Energiegenossenschaften, dazu beitragen, verstärkt lokales Verständnis und Akzeptanz zu erreichen.

### Offshore

Die Offshore-Windenergie bildet das Herzstück der Energiewende. Aus bescheidenen Anfängen ist heute eine ganz neue Industrie entstanden, die sich im Norden Deutschlands angesiedelt hat. In den kommenden Jahrzehnten werden viele Milliarden Euro in den Aufbau einer neuen Energieversorgung investiert. In der deutschen Nord- und Ostsee sind bereits dutzende Windparks in Planung oder im Bau – das Gleiche gilt für Großbritannien, Dänemark, Belgien und Frankreich. Für die zahlreichen Windenergie-Unternehmen in Niedersachsen und Bremen ist diese Entwicklung von Vorteil. Der Umsatz in der gesamten Wertschöpfungskette – vom Planungsbüro über die Anlagenfertigung bis hin zu Spezialfirmen für Wartung und Rückbau – wird Prognosen zu Folge von 5,9 Milliarden Euro (2010) auf 22,4 Milliarden Euro im Jahr 2021 steigen.

Um die Klimaschutzziele der Bundesregierung erfüllen zu können, müssen bis zum Jahr 2020 rund 2000 Windenergieanlagen auf See installiert werden. Den Häfen an der Nord- und Ostsee bietet dies langfristig eine wirtschaftliche Perspektive. Darüber hinaus ist die Offshore-Branche auf spezielle Offshore-Häfen angewiesen, von denen aus der Transport und die Montage der Anlagen erfolgen kann. Auch sind sie Ausgangspunkt für Wartungs- und Reparaturarbeiten. Im Nordwesten sind mehrere solcher Spezialhäfen bereits in Betrieb oder noch in Planung: dazu gehören die Standorte Cuxhaven, Emden, Wilhelmshaven, Brake, Nordenham, Norddeich und Bremerhaven. Da in den nächsten Jahrzehnten sehr viele Windanlagen verschifft werden, sind die entsprechenden Anforderungen an die Häfen außerordentlich groß. Es werden daher in Zukunft alle vorhandenen und noch in Planung befindlichen Offshore-Häfen gleichermaßen benötigt. Die Politik muss hier die notwendigen infrastrukturellen Rahmenbedingungen schaffen, damit der Bedarf gedeckt werden kann. Sinnvoll ist in diesem Zusammenhang auch eine finanzielle Unterstützung durch die Bundesregierung in Form eines gesonderten KfW-Kreditprogramms für Spezialschiffe, die für das Errichten und die Wartung der Windkraftanlagen auf See notwendig sind. Da der Schiffbau stark unter dem Rückzug der Banken leidet, könnte dieses Kreditprogramm dem Schiffbau, in dem allein die zehn größten Werften fast 15.000 Menschen beschäftigen, neue Aufträge sichern.

### **Energie braucht moderne Netze**

Ein Ausbau des Höchstspannungsnetzes in den Küstengebieten ist für weitere Ausbauphasen der Windenergie ebenso notwendig wie eine Verstärkung des Verteilnetzes in Norddeutschland. Der Grund: Die erzeugte Strommenge muss aufgenommen und zu den Endverbrauchern transportiert werden können. Hier ist ein umfassendes Konzept gefragt, das den Ausbaupotenzialen der Windenergie Rechnung trägt. Das rasante Wachstum der Windenergie muss in diese Planungen einbezogen werden. Die Integration der volatil anfallenden erneuerbaren

Energien in das Netz benötigt intelligente Netze („smart grids“). Dadurch kann der nötige Ausbau der Netze reduziert werden. Hierzu müssen Anreize gesetzt werden. Die Frage der Netzkapazitäten wird für die zügige Realisierung erster Windparks auf See – und damit für die weitere Entwicklung der Offshore-Windenergie – ausschlaggebend sein. Der Netzausbau stößt allerdings oft auf erheblichen Widerstand in der Bevölkerung. Hier muss verstärkt der Dialog zu Betroffenen gesucht werden. Wichtig ist auch, dass Genehmigungsverfahren einfacher und schneller durchgeführt werden können.

Zu den größten Problemen für die Offshore-Industrie zählt vor allem der Netzanschluss der Windparks. Das ist die größte Schwachstelle beim Ausbau der regenerativen Energien, die schnell behoben werden muss. Betreiber brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, damit die Anlagen zu den zugesagten Terminen ans Netz angeschlossen werden können. Technisch und finanziell stoßen die Unternehmen, die für den Netzanschluss auf See zuständig sind, jedoch an ihre Grenzen. Damit die Energiewende an dieser Stelle nicht ins Stocken gerät, muss die Politik bessere Rahmenbedingungen schaffen. Ein spezielles KfW-Programm der Bundesregierung für den Netzanschluss halten die CDU-Landtagsfraktionen in Niedersachsen und Bremen deshalb für sinnvoll. Auch eine (temporäre) Übernahme des Haftungsrisikos für den seeseitigen Netzanschluss durch die Bundesregierung ist eine notwendige Maßnahme. Ein Schaden am Netzanschluss hätte nämlich eine erhebliche Betriebsunterbrechung zur Folge, dessen finanzielle Auswirkungen nicht oder nur schwer versicherbar sind.

Hinzu kommt, dass Wind nicht kontinuierlich weht: Bislang kann überschüssige Energie bei starker Stromproduktion nicht gespeichert werden. Bei Flaute hingegen muss genügend Strom im Netz sein, um eine zuverlässige Energieversorgung zu gewährleisten. Gaskraftwerke, die schnell auf Schwankungen im Netz reagieren können, sind daher eine zwingend notwendige Ergänzung. Insbesondere wird es in Zukunft auch darauf ankommen, die Speicherung der zeitweise überschüssigen Windenergie voranzutreiben. Das größte Potential bietet hierbei die Methanisierung und Speicherung der Windenergie in Kavernen oder dem Gasnetz. Niedersachsen bietet hierzu aufgrund seiner geologischen Formationen optimale Voraussetzungen. Insbesondere der Nordwesten hat mit seinen Kavernen enormes Potential hierfür.

### **Zukunft denken**

Anders als Onshore steckt die Windenergie auf der hohen See zurzeit noch in der Pionierphase. Viele technische Fragen können heute im Offshore-Bereich noch nicht abschließend beantwortet werden. Welche Auswirkungen, Wind, Wasser und Salz langfristig auf die Anlagen haben, ist heute noch nicht endgültig geklärt. Deutschland nimmt hier eine Vorreiterrolle ein, so dass diese teilweise sehr komplexen Herausforderungen eine enorme Chance bieten, sich durch Know-How und Ingenieursfertigkeiten national sowie international langfristig zu profilieren.

Forschungseinrichtungen, die sich speziell mit den Fragen der Windenergie auseinandersetzen, sind für die Branche daher unverzichtbare Partner bei der technischen Weiterentwicklung von Windkraftanlagen. In Deutschland war die Forschungslandschaft in der Windenergie lange zerfasert. Mit der 2011 gegründeten Forschungsinitiative „Windenergie 2020“, in der sich Forwind und das Fraunhofer Institut zusammen geschlossen haben, ist der Nordwesten nun sehr gut aufgestellt und kann sich international behaupten. Um technisch nicht den Anschluss an Länder wie China, Großbritannien oder die USA zu verlieren, muss die Technik stetig weiterentwickelt werden. Der Forschungsverbund besitzt daher die volle Unterstützung der CDU-Landtagsfraktionen von Niedersachsen und Bremen.

### **Mehr Rückenwind vom Bund!**

Die Pläne der Bundesregierung sehen vor, dass bis zum Jahr 2020 rund 10.000 Megawatt Offshore-Windenergie in der deutschen Nord- und Ostsee installiert werden. Die Verbesserung der EEG-Vergütung für Offshore-Anlagen, das KfW-Kreditprogramm und die verbindliche Planung eines Offshore-Netzplans für die Sammelanbindungen sind wichtige Voraussetzungen, um aus der Offshore-Windenergie ein Erfolgsmodell zu machen. Damit der Ausbau der Offshore-Windenergie unvermindert fortgesetzt werden kann, benötigt die Branche weitere Unterstützung vom Bund.

Die CDU-Landtagsfraktionen in Niedersachsen und Bremen fordern daher,

1. dass der Bund das (Haftungs-) Risiko im Bereich des seeseitigen Netzausbaus übernimmt. Dies ist notwendig, weil Störungen bei der gebündelten Stromspeisung ein nicht oder nur schwer zu versicherndes finanzielles Risiko bergen.
2. dass der Bund für den Netzanschluss ein gesondertes KfW-Kreditprogramm auflegt. Dies ist notwendig, weil die Produktion von Energie auf See, aufgrund des mangelnden Netzanschlusses der Windparks, aktuell ins Stocken zu geraten droht. Dies liegt insbesondere an der für die Betreiber schwierigen Finanzierung der aufwendigen Anschlüsse.
3. dass der Bund ein gesondertes KfW-Kreditprogramm für den Spezialschiffbau auflegt. Dies ist notwendig, weil der fristgerechte Ausbau ohne entsprechende Spezialschiffe zur Errichtung und Wartung der Offshore-Windenergieanlagen gefährdet ist.
4. dass keine zusätzlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen an Land für den Ausbau der Windenergie in der Nordsee ausgewiesen werden müssen. Dies ist notwendig, weil dies die Akzeptanz für die Offshore-Windenergie vermindern und die Kosten weiter erhöhen würde.
5. dass der Ausbau der Offshore-Windenergie im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gebündelt wird. Dies ist notwendig, weil diese äußerst komplexe Herausforderung koordinierte Entscheidungen durch ein Ministerium auf Bundesebene bedarf.